

19. Juni 2024

Versorgungswerk könnte eigenständiger werden

3. Delegiertenversammlung tagte am 17. Juni 2024

Der Jahresabschluss 2023, die Weiterentwicklung der rechtlichen Strukturen des Versorgungswerks sowie mögliche Themen für die anstehende Legislaturperiode waren die Themen der 3. Delegiertenversammlung der Ärztekammer Bremen.

Zu Beginn berichtete Christina Hillebrecht, die Präsidentin der Ärztekammer, über Entwicklungen aus Bremen und Berlin. Das Bundeskabinett hatte Mitte Mai den Entwurf des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) beschlossen. Die Reform soll zu einer besseren Behandlungsqualität, weniger Bürokratie sowie den Erhalt eines lückenlosen Netzes von Krankenhäusern in ganz Deutschland führen. Hillebrecht kritisierte, dass die Reform die Gefahr berge, Doppelstrukturen zu schaffen und die Planungshoheit der Länder einschränke. Auch das Versprechen eines spürbaren Bürokratieabbaus bleibe unerfüllt. Die Reform sei auch strukturell nicht zu Ende gedacht – gerade auch im Hinblick auf die Entgeltpauschalen. „Dennoch sollten wir Ärztekammern positiv auf die Reform schauen, denn ein ‚Weiter so‘ kann es auch nicht geben“, sagte Hillebrecht.

Doppelstrukturen seien auch bei der geplanten Reform der Notfallversorgung zu befürchten. Nach dem Entwurf ist eine notdienstliche Versorgung durchgängig an 24 Stunden täglich an sieben Tagen der Woche durch den Betrieb von Integrierten Notfallzentren (INZ) sowie durch einen telemedizinischen und einen aufsuchenden ärztlichen Bereitschaftsdienst sicherzustellen. Für solche Dienste fehle es aber an Personal, so Hillebrecht: „Manche Vorschläge verkomplizieren die Versorgung eher, anstatt sie zu verbessern.“

Die Delegierten begrüßten, dass sich in der Reform einige Ideen wiederfinden, die eine Arbeitsgruppe der Delegiertenversammlung schon 2021 entwickelt hatte. Man wollte damals nicht vorgreifen, diese Ideen schon einmal in Bremen modellhaft zu testen. Nach Vorlegen des bundesweiten Reformentwurfs wären eigenständige Schritte nun sowieso nicht mehr sinnvoll.

Aus Bremerhaven berichtete der Bezirksstellenvorsitzende Dr. Jan Helge Kurschel, dass die Gesundheitsdeputation in der Seestadt getagt habe, nachdem eine Bremerhavener Mutter eine Petition für eine bessere kinderärztliche Versorgung gestartet hatte und das Klinikum Reinkenheide nach Schließung des Klinikums Mitte an die Kapazitätsgrenze in der Notaufnahme kommt. Wirkliche Lösungsansätze habe die Deputation aber nicht gebracht, so Kurschel.

Jahresabschluss 2023

Das Haushaltsjahr 2023 der Ärztekammer Bremen schließt vor Verwendung der zweckgebundenen Rücklagen mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 37.403 Euro. Insgesamt hat die Kammer zur Bewältigung ihrer Aufgaben 3.468 T€ aufgewendet. Das berichtete Dr. Heike Delbanco, die Hauptgeschäftsführerin der Ärztekammer. Im Vergleich zum Vorjahr seien die Aufwendungen um 278.358 Euro gestiegen. Das liege unter anderem daran, dass 2023 alle höher dotierten Stellen bei

der Kammer besetzt waren und eine Tarifierhöhung von 2,8 Prozent zu berücksichtigen war. Zu Buche schlug ebenfalls die Kammerwahl, die durch höhere Druck- und Portokosten teurer wurde als veranschlagt.

Auch der Sachaufwand hat sich erhöht. Er lag gegenüber dem Plan um rund 62 T € im Soll. Als Gründe seien hier vor allem Renovierungsmaßnahmen für beide Häuser sowie die Aufwendungen für MFA-Fortbildungen zu nennen, da das Fortbildungsangebot deutlich zugenommen hat, so Delbanco. Das wiederum führte aber auch zu höheren Erträgen: Die Gebühreneinnahmen der Akademie für Fortbildung liegen um rund 79 T € über dem Haushaltsansatz und 62 T € über den Gebühreneinnahmen des Vorjahres. Die Erträge aus den Kammerbeiträgen sowie Gebühren für Fachsprachen- und Kenntnisprüfungen haben sich ebenfalls besser entwickelt als geplant, so Heike Delbanco.

Dr. Ernst-Gerhard Mahlmann, der Vorsitzende des Finanzausschusses der Ärztekammer, erläuterte, dass der Ausschuss den Haushalt ausführlich beraten und keine Probleme gefunden habe. Er empfahl den Delegierten, den Jahresabschluss wie vorgelegt zu beschließen und den Vorstand zu entlasten. Die Delegierten folgten diesem Vorschlag einstimmig.

Weiterentwicklung des Versorgungswerks

Im Anschluss diskutierten die Delegierten, ob die Strukturen des Versorgungswerks noch zeitgemäß sind. In den letzten 20 Jahren hat sich das vom Versorgungswerk der Ärztekammer Bremen verwaltete Vermögen fast verdreifacht. Gravierende Veränderungen gab es vor allem auch bei der Zusammensetzung der Kapitalanlagen: Waren es früher eher sichere Anlagen wie Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen und Namenspfandbriefe, ist die Streuung heute viel breiter mit Investitionen in Fonds mit verschiedenen Risiken. Die veränderte Struktur der Kapitalanlagen erfordert Spezialwissen auch der zuständigen ehrenamtlichen Mitglieder in den Gremien des Versorgungswerks, vor allem des Verwaltungsausschusses. Sie haften für ihre Entscheidungen – können sie aber alleine nicht rechtswirksam umsetzen, da die Präsidentin der Ärztekammer das Versorgungswerk gerichtlich und außergerichtlich vertritt.

Zeitgemäß wäre daher, dem Versorgungswerk eine Teilrechtsfähigkeit zuzuerkennen und so eine größere Eigenständigkeit durch die alleinige Vertretungsbefugnis durch eigene Organe sicherzustellen. Nach einer kurzen Diskussion befürworteten die Delegierten, mit dem Versorgungswerk in Gespräche einzutreten, um gemeinsame oder unterschiedliche Vorstellungen zur zukünftigen Rechtsform des Versorgungswerks herauszuarbeiten. Sie beauftragten die Präsidentin, die Vizepräsidentin und die Hauptgeschäftsführerin entsprechende Gespräche mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses, seiner Stellvertreterin und der Geschäftsführung zu führen.

Zähes Ringen um thematische Schwerpunkte

Nachdem sich die Delegierten in ihrer letzten Versammlung nicht auf thematische Schwerpunkte für die Wahlperiode festlegen konnten, diskutierten sie einige Vorschläge erneut. Als relevant sahen die Delegierten die mangelhafte Digitalisierung im Gesundheitswesen vor allem an der Schnittstelle ambulant zu stationär an. Für den Vorschlag, an einem „Runden Tisch“ mit Interessierten aus dem Krankenhausbereich und dem Bereich der Niederlassung zu pragmatischen Lösungen zu kommen, konnten sich die Delegierten allerdings nicht begeistern. Da viele Probleme auf Bundesebene bestünden, sei es nicht zielführend, das Thema nur für Bremen anzugehen.

Für die nächste Delegiertenversammlung nahm man sich daher erst einmal vor, sich eine Meinung zum Einsatz von Physician Assistants zu bilden und dazu Vertreterinnen des Bremerhavener Studiengangs einzuladen.

Wenn Sie Fragen zum Jahresabschluss 2023 haben, melden Sie sich gerne bei Dr. Heike Delbanco, Tel. 0421/3404-234, heike.delbanco@akhb.de.

Die nächste Delegiertenversammlung findet am 9. September 2024 um 20 Uhr in der Kassenärztlichen Vereinigung statt.